

Der blinde Fleck

Wladimir Putin

Westliche Medien und Politiker schreiben der Sowjetunion eine Schuld an der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs zu.

Über das verheerende Signal des Münchner Abkommens schweigen sie. Ein redaktionell bearbeiteter Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der sozialistischen Tageszeitung „jungeWelt“

Am 18. Juni veröffentlichte der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, in der konservativen US-amerikanischen Zeitschrift The National Interest den Aufsatz »The Real Lessons of the 75th Anniversary of World War II«, am 19. Juni erschien er dann in der Rossiska ja gaseta, dem Amtsblatt der russischen Regierung. Wir veröffentlichen an dieser Stelle eine redaktionell stark gekürzte Fassung. Der vollständige Text findet sich auf der Webseite der Botschaft der Russischen Föderation:

<https://kurzelinks.de/Putin-Geschichte-Verantwortung>

Es sind 75 Jahre vergangen, seit der Große Vaterländische Krieg beendet wurde. In diesen Jahren sind mehrere Generationen aufgewachsen. Die politische Karte des Planeten hat sich verändert. Es gibt die Sowjetunion nicht mehr, die einen grandiosen, vernichtenden Sieg über den Nazismus errungen und die ganze Welt gerettet hatte. Und die Ereignisse des Krieges selbst sind sogar für seine Teilnehmer eine ferne Vergangenheit geworden. Warum wird der 9. Mai in Russland als der wichtigste Feiertag begangen, und scheint das Leben am 22. Juni für einen Moment stillzustehen, und man hält den Atem an, als hätte man einen Kloß im Hals?

Man pflegt zu sagen: Der Krieg hat eine tiefe Spur in der Geschichte jeder Familie hinterlassen. Hinter diesen Worten steht das Schicksal von Millionen Menschen, ihr Leiden und der Schmerz des Verlustes. Stehen Stolz, Wahrheit und Erinnerung.

Appeasement zum Krieg

Eines der wichtigsten Ergebnisse des Ersten Weltkrieges war die Gründung des Völkerbundes. Auf diese internationale Organisation wurden große Hoffnungen zur Gewährleistung eines dauerhaften Friedens, der

kollektiven Sicherheit gesetzt. Es war eine progressive Idee, deren konsequente Umsetzung ohne Übertreibung eine Wiederholung der Schrecken des globalen Krieges hätte verhindern können.

Der Völkerbund, in dem die Siegermächte – Großbritannien und Frankreich – dominierten, zeigte jedoch seine Ineffizienz und ertrank einfach in leeren Gesprächen. Im Völkerbund, ja auf dem europäischen Kontinent, wurden die mehrmaligen Aufforderungen der Sowjetunion, ein gleichberechtigtes System der kollektiven Sicherheit zu gestalten, nicht gehört.

Der Völkerbund konnte auch Konflikte in verschiedenen Teilen der Welt nicht verhindern, wie den Angriff Italiens auf Äthiopien, den Bürgerkrieg in Spanien, die Aggression Japans gegen China oder den »Anschluss« Österreichs an Nazideutschland. Und im Fall des Münchner Abkommens, an dem neben Hitler und Mussolini die Staats- und Regierungschefs Großbritanniens und Frankreichs beteiligt waren, kam es mit voller Zustimmung des Völkerbundesrates zu einer Zergliederung der Tschechoslowakei. Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, dass sich Stalin im Unterschied zu vielen damaligen europäischen Führern nicht durch ein persönliches Treffen mit Hitler befleckte, der damals in westlichen Kreisen als ein durchaus respektabler Politiker galt, und ein willkommener Gast in den europäischen Hauptstädten war.

Die Teilung der Tschechoslowakei war grausam und zynisch. München zerstörte sogar jene formellen und zerbrechlichen Garantien, die dem Kontinent noch geblieben waren, und zeigte, dass gegenseitige Vereinbarungen nichts wert sind. Gerade das Münchner Abkommen diente als Auslöser, durch den ein großer Krieg in Europa unvermeidlich wurde.

Heute möchten europäische Politiker, vor allem polnische Spitzenpolitiker, München »verschweigen«. Warum? Nicht nur, weil ihre

Länder damals ihre Verpflichtungen verraten haben und das Münchner Komplott unterstützten, wobei einige sogar an der Teilung der Beute teilnahmen, sondern auch weil es unangenehm ist, sich daran zu erinnern, dass sich nur die UdSSR an jenen dramatischen Tagen für die Tschechoslowakei eingesetzt hat.

Polen hat hingegen, eigene Interessen verfolgend, mit allen Kräften die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa verhindert. Am 19. September 1938 hat der polnische Außenminister Jozef Beck dem Botschafter Jozef Lipski vor dessen Treffen mit Hitler unmittelbar darüber geschrieben: »Im Laufe des vergangenen Jahres hat die polnische Regierung viermal das Angebot abgelehnt, sich der internationalen Einmischung zum Schutz der Tschechoslowakei anzuschließen.«

Ohne Rücksicht

Großbritannien und Frankreich, das damals der wichtigste Verbündete der Tschechen und Slowaken war, entschieden sich dafür, auf ihre Garantien zu verzichten und dieses osteuropäische Land den Nazis zum Fraß vorzuwerfen. Das hieß auch, die Bestrebungen der Nazis nach Osten zu lenken, mit dem Ziel, dass Deutschland und die Sowjetunion unvermeidlich aufeinanderstoßen und ausbluten könnten.

Gerade darin bestand die westliche Politik der »Befriedung«. Und nicht nur in Bezug auf das »Dritte Reich«, sondern auch auf andere Teilnehmer des sogenannten Antikominternpakts – das faschistische Italien und das militaristische Japan.

Das Münchner Komplott zeigte der Sowjetunion, dass die westlichen Länder Sicherheitsfragen lösen werden, ohne Rücksicht auf die sowjetischen Interessen zu nehmen, und bei passender Gelegenheit eine antisowjetische Front bilden könnten. Gleichzeitig versuchte die Sowjetunion bis zum letzten Moment, jede Chance zu nutzen, um eine Antihitlerkoalition zu bilden, ich wiederhole, trotz der doppelzüngigen Position der westlichen Staaten. So erhielt die sowjetische Führung über Geheimdienste im Sommer 1939 eingehende Informationen über die englisch-deutschen Kontakte hinter den Kulissen.

Ich mache darauf aufmerksam, dass sie durchaus intensiv erfolgten, wobei praktisch gleichzeitig die westlichen Partner im Gegensatz dazu die trilateralen Verhandlungen von Vertretern Frankreichs, Großbritanniens und

der UdSSR bewusst verzögerten. Ich werde in diesem Zusammenhang ein Dokument aus den britischen Archiven zitieren – eine Anweisung der britischen Militärmission, die im August 1939 nach Moskau kam. Darin wird direkt gesagt, dass die Delegation »die Verhandlungen sehr langsam führen muss«; dass »die Regierung des Vereinigten Königreichs nicht bereit ist, die im Detail vorgeschriebenen Verpflichtungen zu übernehmen, die unsere Handlungsfreiheit unter irgendwelchen Umständen einschränken könnten«. Ich möchte auch betonen, dass die sowjetische Delegation im Unterschied zu denen der Briten und Franzosen von obersten Führern der Roten Armee geleitet wurde, die über alle notwendigen Befugnisse verfügten, um »eine Militärkonvention zu Fragen der Organisation der militärischen Verteidigung Englands, Frankreichs und der UdSSR gegen die Aggression in Europa zu unterzeichnen«.

In der entstandenen Situation unterzeichnete die Sowjetunion den Nichtangriffspakt mit Deutschland und tat dies faktisch als letztes europäisches Land, und das vor dem Hintergrund der realen Gefahr eines Zweifrontenkrieges – mit Deutschland im Westen und mit Japan im Osten, wo bereits intensive Kämpfe am Fluss Chalcha stattfanden.

Stalin und sein Umfeld treffen viele berechtigte Vorwürfe. Wir erinnern uns an die Verbrechen des Regimes gegen das eigene Volk und an die Entsetzlichkeit der Massenrepressionen. Ich wiederhole, man kann den sowjetischen Führern vieles vorwerfen, aber nicht das, dass es ihnen an Verständnis für den Charakter der äußeren Bedrohungen mangelte. Sie sahen, dass man versuchte, die Sowjetunion mit Deutschland und seinen Verbündeten allein zu lassen. Sie handelten, diese reale Gefahr erkennend, um wertvolle Zeit für die Stärkung der Verteidigung des Landes zu gewinnen.

In bezug auf den damals geschlossenen Nichtangriffspakt gibt es derzeit viel Gerede und Beanstandungen gegenüber dem heutigen Russland. Ja, Russland ist der Nachfolgestaat der UdSSR, und die sowjetische Periode mit all ihren Triumpfen und Tragödien ist ein untrennbarer Bestandteil unserer tausendjährigen Geschichte. Ich erinnere aber auch daran, dass die Sowjetunion den sogenannten Molotow-Ribbentrop-Pakt rechtlich und moralisch bewertet hat. In der Verordnung des Obersten Sowjets vom 24. Dezember 1989 wurden die Geheimprotokolle als »Akt der persönlichen Macht« offiziell verurteilt, der in keiner Weise »den Willen des sowjetischen Volkes, das nicht für diese Absprache verantwortlich ist, widerspiegelt«.

Deutsche Offensive

Andere Staaten ziehen es vor, sich nicht an die Abkommen zu erinnern, unter denen die Unterschriften von Nazis und westlichen Politikern stehen. Dabei wäre auch auf die rechtliche oder politische Bewertung dieser Zusammenarbeit zu verweisen, darunter auch die stillschweigende Kompromissbereitschaft einiger europäischer Politiker zu den barbarischen Plänen der Nazis. Der zynische Satz des polnischen Botschafters in Deutschland, Jozef Lipski, den er beim Gespräch mit Hitler am 20. September 1938 sagte, spricht Bände: »Für die Lösung der jüdischen Frage werden wir (Polen) ihm (...) ein schönes Denkmal in Warschau aufstellen.«

Ich habe darum gebeten, die ganze Reihe von Materialien, die mit den Kontakten der UdSSR und Deutschlands in den dramatischen Tagen im August und September 1939 verbunden sind, in den Archiven zugänglich zu machen. Wie aus den Dokumenten hervorgeht, legte Punkt 2 des Geheimprotokolls zum Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR vom 23. August 1939 fest, dass die Grenze der Interessenbereiche der beiden Länder im Falle der territorialpolitischen Neuordnung der Gebiete, die Teil des polnischen Staates sind, »ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt« werde. Mit anderen Worten umfasste die sowjetische Einflusszone demnach nicht nur Gebiete, wo mehrheitlich die ukrainische und belorussische Bevölkerung ansässig war, sondern auch historische polnische Ländereien zwischen Bug und Weichsel.

Von dieser Tatsache wissen bei weitem nicht alle. Wie auch nicht davon, dass Berlin unmittelbar nach dem Angriff auf Polen in den ersten Septembertagen 1939 Moskau beharrlich und mehrmals dazu aufgefordert hatte, sich den Kriegshandlungen anzuschließen. Die sowjetische Führung ignorierte aber diese Aufforderungen und wollte bis zum letzten Moment nicht in die sich dramatisch entwickelnden Ereignisse hineingezogen werden.

Vorbereitung auf den Überfall

Erst als endgültig klar wurde, dass Großbritannien und Frankreich ihrem Verbündeten nicht helfen würden, und die Wehrmacht sich anschickte, ganz Polen rasch zu besetzen und sich tatsächlich Minsk zu nähern, wurde beschlossen, am Morgen des 17. September Truppen der Roten Armee in die sogenannten östlichen Kresy zu verlegen – das sind heute Teile des Territoriums von Belorussland, der Ukraine und Litauens.

Die Sowjetunion versuchte bis zum letzten Moment, sich aus dem entflammenden Konflikt herauszuhalten und spielte nicht an der Seite Deutschlands. Das führte dazu, dass die reale Berührung der sowjetischen und deutschen Truppen viel weiter östlich erfolgte, als die im Geheimprotokoll festgelegten Grenzen vorsahen; nicht an der Weichsel, sondern an der sogenannten Curzon-Linie, die noch 1919 von der Entente als östliche Grenze Polens vorgeschlagen worden war. Die sowjetische Führung hatte also im September 1939 die Möglichkeit, die Grenze der UdSSR noch weiter nach Westen, bis vor Warschau, zu verschieben, beschloss aber, dies nicht zu tun.

Die Deutschen schlugen vor, einen neuen Status quo zu fixieren. Am 28. September 1939 unterzeichneten in Moskau Ribbentrop und Molotow den »Grenz- und Freundschaftsvertrag« zwischen der UdSSR und Deutschland, sowie das Geheimprotokoll über die Änderung der Staatsgrenze. Als solche galt die Demarkationslinie, wo die beiden Armeen standen.

Ihre militärisch-strategischen und defensiven Aufgaben lösend, begann die Sowjetunion im Herbst 1939 mit der Inkorporation Lettlands, Litauens und Estlands. Ihr Beitritt zur UdSSR erfolgte auf vertraglicher Basis, mit Zustimmung der gewählten Gremien. Dies entsprach den Normen des Völker – und Staatsrechts der damaligen Zeit. Darüber hinaus wurden die Stadt Wilna und das angrenzende Gebiet, die früher Teil Polens waren, im Oktober 1939 an Litauen zurückgegeben. Die baltischen Republiken behielten im Bestand der UdSSR ihre Behörden sowie Sprache bei und waren in den obersten sowjetischen Staatsstrukturen vertreten.

In all diesen Monaten hörte der für ein fremdes Auge unsichtbare diplomatische und militärisch-politische Kampf, die Arbeit der Geheimdienste nicht auf. Für Moskau war klar, dass sich vor ihm ein unversöhnlicher und grausamer Feind befand und dass der verborgene Krieg gegen den Nazismus bereits im Gange war. Es gibt keinen Grund, offizielle Erklärungen, die damaligen formellen Noten als einen Beweis der »Freundschaft« zwischen der UdSSR und Deutschland zu betrachten. Die UdSSR pflegte aktive Handels- und technische Kontakte nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit anderen Ländern.

Den letzten Versuch, die Sowjetunion zum gemeinsamen Vorgehen zu bewegen, unternahm Hitler während des Besuchs von Molotow im November 1940 in Berlin. Molotow befolgte aber exakt Stalins Anweisungen und beschränkte sich auf allgemeine Gespräche

über die deutsche Idee eines Beitritts der UdSSR zum Dreimächtepakt – dem Bündnis von Deutschland, Italien und Japan –, der im September 1940 unterzeichnet worden und gegen Großbritannien und die USA gerichtet war. Es ist kein Zufall, dass Molotow bereits am 17. November den bevollmächtigten Vertreter der Sowjetunion in London, Iwan Maiski, wie folgt anleitete: »Zu Ihrer Orientierung (...), in Berlin wurde kein Vertrag unterzeichnet, und man hat nicht beabsichtigt, dies zu tun. Die Sache in Berlin hat sich auf den Meinungsaustausch beschränkt (...) Die Deutschen und die Japaner wollen uns offenbar sehr in Richtung Golf und Indien drängen. Wir haben die Diskussion über diese Frage abgelehnt, weil wir solche Ratschläge seitens Deutschlands für unangemessen halten.«

Ab dem 25. November ging die sowjetische Führung weitere Schritte: So stellte sie offiziell Bedingungen, die für die Nazis unannehmbar sein mussten, einschließlich des Abzugs der deutschen Truppen aus Finnland und bot Bulgarien einen Vertrag über wechselseitige Unterstützung an. Damit schloss sie bewusst jede Möglichkeit für sich aus, dem Pakt beizutreten. Diese Position bestärkte den »Führer« endgültig in seiner Absicht, einen Krieg gegen die UdSSR zu entfesseln. Und bereits im Dezember schob Hitler alle Warnungen seiner Strategen vor der katastrophalen Gefahr eines Zweifrontenkrieges beiseite und genehmigte den Plan »Barbarossa«. Er tat dies in dem Wissen, dass gerade die Sowjetunion die Hauptkraft war, die ihm in Europa gegenüberstand und dass der bevorstehende Kampf im Osten den Ausgang des Weltkriegs bestimmen würde. Er war davon überzeugt, dass der Feldzug nach Moskau kurz und erfolgreich sein würde.

Einsichten des Westens

Bei informellen Gesprächen mit dem bevollmächtigten Vertreter der Sowjetunion Maiski redeten hochrangige englische Politiker und Diplomaten offener. Im Oktober 1939 teilte der damalige britische Vizeaußenminister, R. Butler, mit, dass in englischen Regierungskreisen die Meinung vertreten werde, dass von der Rückgabe der Westukraine und Belorusslands an Polen keine Rede sein könne. Wenn es gelungen wäre, ein ethnographisches Polen von bescheidener Größe, mit einer Garantie nicht nur der UdSSR und Deutschlands, sondern auch Englands und Frankreichs zu gründen, würde die britische Regierung sich als sehr zufriedengestellt betrachten, so der Diplomat. Am 27. Oktober 1939 sagte einer der wichtigsten Berater Premierminister Neville Chamberlains, H. Wilson: »Polen ist (...) als eigenständiger Staat auf seiner ethnographischen Basis wiederherzustellen, jedoch ohne die Westukraine und Belorussland.«

Erwähnenswert ist, dass während dieses Gesprächs ein Versuchsballon für die Verbesserung der sowjetisch-britischen Beziehungen lanciert wurde. Diese Kontakte legten in vielerlei Hinsicht den Grundstein für die künftige Antihitlerkoalition. Unter den verantwortlichen weitsichtigen Politikern zeigte sich Churchill, der trotz der bekannten Antipathie gegenüber der UdSSR auch früher für eine Zusammenarbeit plädiert hatte. Noch im Mai 1939 hatte er im House of Commons gesagt: »Wir werden in eine tödliche Gefahr geraten, wenn wir kein großes Bündnis gegen die Aggression werden aufbauen können. Es wäre die größte Dummheit, wenn wir die natürliche Zusammenarbeit mit Sowjetrußland ablehnen würden.« Und schon nach Beginn der Kampfhandlungen in Europa – bei dem Treffen mit Maiski am 6. Oktober 1939 – sagte Churchill im Vertrauen: »Zwischen Großbritannien und der UdSSR gibt es keine großen Widersprüche, und daher gibt es keinen Grund für angespannte und unbefriedigende Beziehungen. Die britische Regierung (...) möchte die Handelsbeziehungen ausbauen (...) Sie würde auch bereit sein, alle anderen Maßnahmen zu diskutieren, die zur Verbesserung der Beziehungen beitragen könnten.«

Scheinheilige Resolutionen

Der Zweite Weltkrieg brach nicht von heute auf morgen aus, er begann nicht unerwartet, nicht plötzlich. Und die deutsche Aggression gegen Polen war auch nicht unerwartet. Es ist das Ergebnis vieler Tendenzen und Faktoren in der Weltpolitik jener Zeit. Alle Vorkriegsereignisse reihten sich in eine schicksalhafte Kette ein. Aber das Wichtigste, das die größte Tragödie in der Geschichte der Menschheit vorbestimmte, war natürlich der staatliche Egoismus, waren die Feigheit, die Nachsicht gegenüber einem Aggressor, der an Stärke gewann, und die Nichtbereitschaft der politischen Eliten, einen Kompromiss zu suchen.

Daher ist es ungerecht zu behaupten, dass der zweitägige Besuch des Naziaußenministers Ribbentrop in Moskau der zentrale Grund ist, der zum Zweiten Weltkrieg geführt hat. Alle führenden Länder haben seine Entfesselung in dem einen oder anderem Maße zu verantworten. Jedes von ihnen hat nicht wieder gut zu machende Fehler in der selbstgefälligen Zuversicht begangen, dass man andere überlisten, einseitige Vorteile für sich gewinnen und dem heranrückenden globalen Unheil ausweichen kann. Für diese Kurzsichtigkeit, für den Verzicht auf die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit mussten Millionen Menschen mit ihrem Leben und riesigen Verlusten bezahlen.

Ich schreibe das ohne die geringste Absicht, die Rolle eines Richters zu übernehmen,

jemanden zu beschuldigen oder etwas zu rechtfertigen. Ich bin der Meinung, dass die Suche nach ausgewogenen Bewertungen vergangener Ereignisse der akademischen Wissenschaft mit einer breiten Vertretung namhafter Forscher überlassen werden sollte. Wir alle brauchen Wahrheit und Objektivität.

Viele unserer Partner sind jedoch noch nicht zur Zusammenarbeit bereit. Im Gegenteil. Um ihre Ziele zu erreichen, erhöhen sie die Anzahl und das Ausmaß der Angriffe gegen unser Land, wollen es dazu bringen, dass es sich rechtfertigt und schuldig fühlt; sie verabschieden durch und durch scheinheilige politisierte Resolutionen. So wurde in der am 19. September 2019 vom Europäischen Parlament gebilligten Entschließung zur »Erhaltung des historischen Gedächtnisses für die Zukunft Europas« die UdSSR zusammen mit Nazi-Deutschland direkt beschuldigt, den Zweiten Weltkrieg entfesselt zu haben. Es fehlte natürlich jegliche Erwähnung von München.

Den Artikel finden Sie auch unter:

<https://www.jungewelt.de/artikel/380930.vorgeschichte-zweiter-weltkrieg-der-blinde-fleck.html>
<https://www.jungewelt.de>

*

Die alte Leier:

Vertuscht, verdrängt, verschwiegen

Karl-Heinz Schmalfuß, Generalleutnant a. D. Stellvertreter des Ministers des Innern,

Dirk Bachmann, Generalmajor a. D. letzter Präsident der Volkspolizei in Berlin

Seit dem Beitritt der DDR zur BRD erschienen in fast allen deutschen Medien zahlreiche Veröffentlichungen über das Leben in der DDR. Den politischen Vorgaben und dem Zeitgeist entsprechend waren und sind sie inhaltlich in den meisten Fällen nach unserer Auffassung auf die Delegitimierung und Diffamierung des beigetretenen Staates gerichtet. Die Sicherheitsorgane spielen dabei eine besondere Rolle. Neuerdings hat man sich der Bekämpfung der Kriminalität angenommen.

Zwischenruf der Konzernmedien

Wascht eure Hände.
Wir waschen eure Hirne.

w.k.

Am 12. Mai begann im ZDF eine Dokureihe „Mysteriöse Kriminalfälle der DDR“. Leitmotiv waren die Begriffe „vertuscht, verdrängt, verschwiegen“.

Zur Wahrheit:

Die Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität gehörte zu den Hauptaufgaben des Ministeriums des Innern und seiner Organe. Grundlage dafür war das Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Deutschen Volkspolizei, beschlossen 1968 von der Volkskammer. Die Leitung des Ministeriums widmete dieser Aufgabe stets große Aufmerksamkeit. Ständig wurde über die Entwicklung der Kriminalität beraten und Maßnahmen festgelegt, wie ihr wirksam zu begegnen ist. Im Hintergrund stand immer die Frage, weshalb Bürger der DDR straffällig werden. Jedem war es möglich, kostenlos Bildung zu erwerben. Die Bevölkerung lebte in sozial gesicherten Verhältnissen.

In den ersten Jahren der DDR wurde das Vorhandensein von Kriminalität auf altes Denken, auf die kapitalistischen Verhältnisse in der BRD, auf den verwerflichen Einfluss der westlichen Massenmedien und das Vorgaukeln einer nicht vorhandenen Wirklichkeit und auf gezielte Angriffe zurückgeführt. Das ist gewiss wahr, aber es war nicht alles. Sehr bald zeigte sich, dass diese Theorie zu simpel ist: Im Sozialismus gibt es keine Verbrechen, da es keine soziale Ungleichheit gibt, die Verbrechen auslöst. Die Rechtsexperten, Kriminologen und politischen Verantwortungsträger waren sich bald darüber einig, dass es in der DDR auch eine eigene hausgemachte Kriminalität gibt. Außerdem war zu beachten, dass bestimmte menschliche Verhaltensweisen gewissermaßen zeitlos wirkten. Dazu gehören vor allem Egoismus, Liebe, Eifersucht, Neid, Geld- und Besitzgier sowie Beziehungsstörungen.

Trotz aller Widrigkeiten waren sich die Verantwortlichen sicher, dass es in der sozialistischen Gesellschaft der DDR gelingen werde, die Ursachen für Rechtsverletzungen zurückzudrängen und damit die Kriminalität schrittweise zu überwinden.

Diese Annahme erwies sich als richtig. Es gelang, die Bekämpfung der Kriminalität in einer Weise zu entwickeln, dass man von einem hohen professionellen Niveau sprechen konnte. Die ständigen Forderungen nach Aufklärung jeder Straftat, besserer Nutzung der wissenschaftlichen Möglichkeiten, Aufdeckung der Ursachen und Hintergründe und das ständige Mahnen, dass es kein perfektes Verbrechen gibt, waren immer wieder Ansporn zu neuen Initiativen und führte zu immer besseren Ergebnissen. Zweifellos war die DDR kein perfekter Rechtsstaat, aber auch kein Unrechtsstaat, wie es in vielen Publikationen westlicher Historiker dargestellt wird.

Zieht man eine Bilanz für die 80-er Jahre, so kann man davon ausgehen, dass die Kriminalitätshäufigkeit in vergleichbaren Deliktarten (z. B. bei Mord und Totschlag) proportional in der DDR sechs- bis achtmal geringer war als in der BRD. Auch die Aufklärungsergebnisse fielen für die DDR wesentlich besser aus. Sie konnten kontinuierlich gesteigert werden und erreichten nach 1980 Werte von über 80%. Die BRD hingegen hatte und hat bis heute große Mühe, wenigstens die 50%- Marke zu sichern. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Rückfallkriminalität.

Natürlich entsteht die Frage, wie diese positiven Ergebnisse erreicht wurden. Es lassen sich Ursachen nennen, die dafür eine wichtige Rolle spielten:

Erstens war die ganze Gesellschaft der DDR in die Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität einbezogen. Die Kriminalpolizei war gesetzlich verpflichtet, staatliche Stellen, wissenschaftliche Einrichtungen, Betriebe, Genossenschaften und gesellschaftliche Organisationen über die von ihr festgestellten Ursachen und Bedingungen von Straftaten insgesamt und im betreffenden Bereich (bis hin zu Arbeitsbrigaden) zu informieren. In aller Regel konnte sie sich auf die Hilfe und Unterstützung breiter Kreise der Bevölkerung verlassen.

Zweitens hatte das abgestimmte Wirken der Rechtspflegeorgane der DDR einen maßgeblichen Einfluss. Das Justizministerium, der Generalstaatsanwalt, das Oberste Gericht, die Sicherheitsorgane – darunter das Ministerium des Innern – berieten kontinuierlich die Prinzipien des einheitlichen Vorgehens in der Bekämpfung von Straftaten.

Drittens wirkte sich positiv aus, dass die Bekämpfung der Kriminalität von der Hauptabteilung Kriminalpolizei des Innenministeriums zentral geführt wurde, föderale Hemmnisse waren nicht zu überwinden. Alle Dienstzweige der Volkspolizei und die anderen Organe des Ministeriums des Innern waren verpflichtet, der Kriminalpolizei hilfreich zur Seite zu stehen.

Die DDR investierte sehr viel in die Aufklärung von Verbrechen. Die Leitung des Innenministeriums trug dafür Sorge, dass die Kriminalpolizei stets auf der Höhe der Aufgaben stand. Ihre Dienststärken und Strukturierungen wurden periodisch überprüft. Man folgte dem Gesichtspunkt, dass dort, wo die Kriminalität anfällt, auch die erforderlichen Kräfte konzentriert werden. Die Kriminalpolizei hatte keine besonderen Schwierigkeiten, ihre Planstellen zu besetzen. Sie konnte sich unter einer Vielzahl von Bewerbern die besten auswählen. Die Kriminalisten erhielten an den Schulen des Innenministeriums eine sorgfältige theoretische und praktische Ausbildung.

Die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen stand auf einem hohen Niveau, das trifft besonders auf die Sektion Kriminalistik der Humboldt- Universität zu. Für den Eigenbedarf stand das Kriminalistische Institut zur Verfügung.

Die Kriminalpolizei der DDR hatte ein hohes Ansehen und auch international einen guten Ruf: Das kam sowohl auf internationalen wissenschaftlichen Symposien als auch in der praktischen Arbeit zum Ausdruck. Man nahm ihre guten Dienste in asiatischen, arabischen, afrikanischen und mittelamerikanischen Ländern in Anspruch. Sie kam in die deutsche Einheit nicht mit leeren Händen, sie brachte einen reichen Erfahrungsschatz mit. Inwieweit dieser genutzt wurde, sei dahingestellt. So wurde bei der Übernahme der Berliner Volkspolizei durch die Westberliner Polizei fast ausnahmslos auf alle hochqualifizierten Kriminalisten zurückgegriffen.

Natürlich gab es in der 40-jährigen Bekämpfung der Kriminalität in der DDR Mängel, Schwierigkeiten, Fehler und auch viele Probleme. Doch fand man im abgestimmten Wirken der Verantwortlichen die erforderlichen Lösungen, um die Wege zum Erfolg zu finden. Wir sehen keinen Grund, uns mit dem Dreck Missgünstiger bewerfen zu lassen, auch wenn das künftig immer wieder versucht wird.

In der Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität hat die DDR Vorbildliches geleistet. Die in der eingangs erwähnten Dokumentation gestellte Behauptung der ZDF-Autoren, dass Kriminalfälle vertuscht und verschwiegen wurden, weisen wir entschieden zurück. Aber nicht bei jedem spektakulärem Verbrechen wurden im Springer- und Bild-Zeitungsstil Schlagzeilen produziert. Und schließlich war die Kriminalpolizei nicht das alleinige Ermittlungsorgan. Schwere Straftaten mit besonderer politischer Bedeutung und gegen die staatliche Sicherheit gerichtete Handlungen wurden durch das MfS untersucht. Das erfolgte oft gemeinsam mit der Kriminalpolizei, aber auch autark, aber immer gesetzlich begründet unter Aufsicht der Staatsanwaltschaft.

(redaktionell bearbeitet)

*

Unvergessen

Vor 70 Jahren wurde der Wachtmeister der Grenzpolizei der DDR Siegfried Apportin an der Staatsgrenze hinterrücks erschossen. Das Leben des gelernten Malers wurde am 2. Juli 1950 willkürlich ausgelöscht. Der Täter flüchtete in die BRD und blieb straffrei.

Raimon Brete, Chemnitz

Demuts-Ruf

Machtdemonstration 1945

„Wie Stalin die Wehrmacht auf dem Roten Platz demütigen ließ“

Unter diesem Motto hat am 75. Jahrestag der historischen Siegesparade 2020 ein Marc von Lüpke auf dem Portal T-Online sein Wissen über den 24. Juni 1945 enthüllt und stellt sich vor:

Mein Name ist Marc von Lüpke, Jahrgang 1977. In der Redaktion von t-online.de bin ich seit 2017 Redakteur im Politik- und Nachrichtenteam. Mit meinen Kolleginnen und Kollegen kümmere ich mich darum, dass unsere Leserinnen und Leser so schnell und präzise wie möglich über aktuelle Neuigkeiten und Entwicklungen informiert sind. (...)

Daneben ist die Geschichte meine große Leidenschaft innerhalb der t-online.de-Redaktion. Täglich finden Sie etwa das „Historische Bild“ auf der Webseite, wenn Sie etwas herunterscrollen. Zusätzlich führe ich immer wieder Interviews zu historischen Ereignissen und verfasse Artikel.



Josef Stalin und Marschall Georgi Schukow (Bildmontage): Am 24. Juni 1945 ließ der Sowjetdiktator den Sieg über Deutschland feiern.

Quelle: ITAR-TASS/Photo12/Photosvintages/imago images)

Dieser Mann vorn im Bild hat die Kühnheit besessen, die „Wehrmacht“ demütigen zu lassen, als sie gar keine Macht mehr hatte.

Und trotzdem: so etwas macht man nicht. Was soll denn die Redakteurs-Generation denken, die 1977 geboren wurde und „schnell

und präzise wie möglich“ die Leserinnen und Leser informieren will und das auch noch mit Hintergrund-Interviews und Analysen.

Dabei wollte die nun wehrlose Wehrmacht ihre und andere faschistische Fahnen und Standarten in der Zeit zwischen 1941 und 45 selbst über den Roten Platz tragen. Hat Stalin aber verboten. Dabei waren sie schon in dessen Nähe. Der war 1941 vereist und 1945 verregnet. Darüber, also über letzteres war Stalin verärgert, weiß v. Lüpke zu berichten. So verärgert wie weiland die faschistischen Soldaten über den Winter 1941, weil ihre Halbschuhe und Sommermäntel sich allzu durchlässig erwiesen und sie auch schon im Vorort Chimki deswegen gedemütigt wurden.

So zogen sie sich über Umwege, z.B. über Stalingrad (schon wieder stand Stalin demütigend im Wege), in die Reichskanzlei zurück. Dann folgte eine Unterschriftsleistung in Berlin-Karlshorst, bei der der im Bild zu sehende Schimmelreiter Schukow die gedemütigte Wehrmachts-Delegation nicht mal eines Grußes durch Keitel's Marschall-Stab (den er überhaupt nicht beachtete) würdigte. Das ließ nichts Gutes ahnen.

Und so war es auch. Die Insignien der (Wehr-)Macht landeten durch die Hände der Sowjetsoldaten am 24. Juni 1945 auf dem Pflaster des Roten Platzes vor dem Mausoleum des Begründers des Sowjetstaates.

Sic transit gloria mundi. So vergeht die Herrlichkeit der Welt.

Die „Demütigung der Wehrmacht“ hat die unterdrückten Völker Europas und der Welt aufatmen lassen. Behalten wir das im Gedächtnis. Der Ruf „Ich kann nicht atmen“ darf nirgends ungehört bleiben. Das wäre doch mal ein Thema über die Hintergründe, warum dieser Hilfeschrei jetzt oft auf der dem Roten Platz entgegengesetzten Seite der Welt zu hören ist.

Bonne Chance, Herr v. Lüpke

w.k.

*



Russland ehrte Karl-Marx-Städter Ex-Oberbürgermeister Dr. Eberhard Langer

Der frühere Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt und langjährige Landtagsabgeordnete und Stadtrat der Linken, Dr. Eberhard Langer, ist von Russland anlässlich des 75. Jahrestages des Sieges über Nazi-Deutschland mit einer Ehrenmedaille ausgezeichnet worden.

Damit würdige die Russische Föderation die Verdienste des heute 85-Jährigen um die deutsch-russischen Beziehungen.

Als Stadtoberhaupt hatte Dr. Langer 1988 die Städtepartnerschaft mit Wolgograd mitbegründet und ist auf diesem Gebiet bis heute ehrenamtlich erfolgreich tätig.

Dr. Langer ist aktiv im Verein Kolorit, der 2006 als deutsch-russisches Kultur- und Infor-

mationszentrum in Chemnitz gegründet wurde und sich für die Belange jener rund 2500 Chemnitzer Familien einsetzt, die biografisch mit der ehemaligen Sowjetunion verbunden sind: Wolgadeutsche, jüdische Kontingentflüchtlinge. Er bietet Sprachunterricht und Sozialberatung, Tanzkurse für Kinder, Lesungen. Ein Hauptprojekt ist die Förderung der Partnerschaft mit Wolgograd. Der Kolorit e. V. und andere Initiativen – ein Puschkin-Club, ein Tolstoi-Verein, eine Arbeitsgemeinschaft Deutsch-Russische Freundschaft – hielten in den schwierigen Jahren die Kontakte.

*

Gedenkveranstaltung am Fliegerehrenmal Syhra am 8. Mai 2020

Reinhard Froberg, Vorsitzender der TIG Geithain-Rochlitz, verlas eine Grußbotschaft der TIG Geithain-Rochlitz an den Generalkonsul der Russischen Föderation, A. Y. Dronov, in der es heißt:

Zum 75. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus übermitteln wir Ihnen, Ihren Mitarbeitern und Angehörigen unsere herzlichsten Glückwünsche.

Der Tag der Befreiung am 8. Mai war und ist für uns Anlass, nicht nur der Millionen Toten in Deutschland und vielen Ländern der Welt zu gedenken, sondern auch daran zu erinnern, dass die Sowjetunion an der Spitze der Antihitlerkoalition die Hauptlast des Krieges getragen hat.

Wir verstehen diesen Tag als immerwährende Mahnung, auch nachfolgenden Generationen zu vermitteln, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf.

Daher verurteilen wir die Sanktionspolitik, auch Deutschlands, gegenüber Ihrem Land.

Ebenso setzen wir uns gegen die gefährlichen Bestrebungen der Osterweiterung der NATO ein.

Wir tun alles in unseren Kräften stehende, um dazu beizutragen, dass Russland als gleichberechtigtes Mitglied der Staatengemeinschaft anerkannt und seine Rolle bei der Erhaltung des Friedens gewürdigt wird.

Auch wenn das Fliegerehrenmal in Syhra nicht unmittelbar mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Verbindung steht, ist es uns ein Bedürfnis, am Tag der Befreiung zwei Sowjetbürger zu ehren, die mitten im Frieden ihr Leben opferten, um das der Bewohner des Ortes Syhra nicht zu gefährden.

Ihr Andenken werden wir ebenso in Ehren halten, wie das aller Gefallenen der Roten Armee aber auch aller aufrechten Kämpfer gegen Faschismus und Krieg.

*

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Unsere Pflicht, nicht zu vergessen und so etwas nie wieder zuzulassen!

Dem sozialen, friedliebenden Charakter von ISOR e.V. Rechnung tragend.

Mit einer Kranzniederlegung gedachten Mitglieder der TIG Chemnitz am 08.05.2020 – Tag der Befreiung – wie in den vergangenen Jahrzehnten in der Kriegsgräberanlage am

Richterweg der dort beigesetzten gefallenen sowjetischen Soldaten, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter der Region.

Dietmar Schulze, Steffen Haupt

*

Aus der Postmappe

Am 16. Juni weihte der Lichtenberger Stadtbezirksbürgermeister anlässlich des 75. Todestages von N. E. Bersarin feierlich eine Gedenktafel in Berlin Lichtenberg (Straße Am Tierpark Ecke Alfred-Kowalke-Straße) ein. Mit dieser wird in Wort und Bild an den ersten Stadtkommandanten und Ehrenbürger von Berlin Generaloberst N. E. Bersarin erinnert. Anwesend waren Vertreter des Senats von Berlin, des Stadtrates Berlin-Lichtenberg sowie Vertreter der Botschaft der Russischen Föderation.

Dabei wurde nicht nur der Person Bersarin gedacht, sondern auch eine zivilgesellschaftliche Initiative ins Leben gerufen, die zum Ziel hat, in Berlin eine Statue als Denkmal für Bersarin aufzustellen.

Anschließend fand im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur in der Friedrichstraße eine kleine Festveranstaltung zu Ehren Nikolai Erastowitsch Bersarins statt. Dazu hatten die Botschaft der Russischen Föderation sowie die Direktion des Hauses eingeladen. Im Haus steht auch eine Ausstellung zur Person Bersarins für den Besucher bereit.

Lothar Schlüter

*

Als ich am 8. Mai die Tagesschau gesehen hatte, dachte ich im ersten Moment, ich hätte schon Demenz, oder hat die UdSSR gar nicht am 2. Weltkrieg teilgenommen?

Kein Wort über die Schlacht um Berlin und dessen Befreiung durch die Sowjetarmee.

Kein Wort über die Unterzeichnung der bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht in Karlshorst.

Nicht einmal eine Erwähnung der 28 Millionen Toten in der UdSSR.

Kein Wort über die zerstörten Städte, Fabriken und Dörfer.

Kein Wort über die kriegsentscheidende Schlacht um Stalingrad, die auf beiden Seiten unzählige Opfer kostete.

Dasselbe Spiel auch im ZDF. Nur Amerikaner, Engländer und Franzosen haben erfolgreich gegen Hitlerdeutschland gekämpft.

Das gehört zur Geschichte und wird den jungen Menschen bewusst verschwiegen.

Eigentlich brauche ich mich nicht zu wundern. Ich hätte es wissen müssen.

Horst Zölllick, Rostock

*

War Hitler ein Volksheld oder wird er jetzt einer und wer wird dann zum „Schurken“?

Keine Angst, ich habe nicht den Verstand verloren. Mir fiel es schon schwer, diese rhetorische Frage als Stilmittel zu nutzen. Ich glaube aber; sie ist provokant genug um auszudrücken welches Ungemach mich überkommt, wenn ich mich mit den deutschen Medien beschäftige. Gemeint sind die Medien, die mir jetzt als Qualitätsmedien präsentiert werden. Eine Rahmung, die Gutes verspricht, es aber nicht unbedingt sein muss.

Ich habe den Eindruck, dass sich Berichte über Weltkriege häufen. Ständig erfahre ich von Problemen der U-Bootkriege, Luftschlachten und die Leiden des Hitler. Manchmal habe ich den Eindruck, ich soll das alles auswendig lernen.

Mit dem Ende des Warschauer Vertrages ist ja den NATO-Staaten, sozusagen über Nacht, der Feind abhandengekommen. Das muss für die hochgerüsteten NATO-Armeen schlimmer gewesen sein als eine Kriegserklärung. Vielleicht sollten sie in allen Medien Suchanzeigen nach einem neuen Feind schalten.

Na gut, man hat sich auch ohne meinen Rat zu helfen gewusst.

Russland weigert sich immer noch hartnäckig, sich Westeuropa und den USA zu unterwerfen. Für Deutschland ist das sehr bequem, denn die Erfahrungen mit einem gewohnten Feindbild können gut genutzt werden. Deutsches Militär steht inzwischen wieder bereit an der russischen Grenze. Die NATO-Manöver in russischer Grenznähe lassen nicht den Verdacht aufkommen, dass diese Aktionen eine friedliche Koexistenz einleiten sollen. Der „Deutsche Michel“ scheint wirklich zu glauben, Geschichte ignorieren zu können.

Nordkorea war auch schon immer „böse“ und China bietet sich förmlich als Bösewicht an. Seiner zunehmenden politischen Stabilität und seiner für uns kaum vorstellbaren Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung hat man in Deutschland noch nichts Anderes entgegenzusetzen, als Ängste unter der Bevölkerung zu schüren. Immer wieder die „Gelbe Gefahr“ an die Wand malen.

Ein bisschen mehr Weitsicht in Politik und Wirtschaft könnte immer noch verhindern, dass Europa und besonders Deutschland international abgehängt werden. Länder wie Russland, China, der ganze

asiatische Raum und zunehmend Afrika brauchen schon lange keine Bevormundung mehr. Gemeinsam, zum gegenseitigen Vorteil, das sollte Richtschnur unseres Handelns sein.

Und wir sollten auch überlegen, ob Präsident Trump mit seinen sehr speziellen Wirtschaftskriegen wirklich ein Freund ist. Ich glaube einen unzuverlässigeren Partner findet man auf der ganzen Welt nicht. Russische Wirtschaftsbeziehungen haben sich da schon eher als zuverlässig und stabil erwiesen. Wenn wir das nicht schnell begreifen, steht uns ein Paradigmenwechsel bevor, bei dem wir nur noch als Zuschauer am Rand des Geschehens stehen können.

Mit Kriegen lassen sich europäische Probleme nicht lösen aber mit unserer wirtschaftlichen Stärke und unserem wissenschaftlich-technischen Know-how. Dazu gehört auch, dass wir uns von Trump nicht eine erfolversprechende Wirtschaftsstrategie verbieten lassen.

Wir dürfen unser Geld nicht zur Vernichtung der Welt einsetzen, nutzen wir es für deren Er-

halt, um das Leben lebenswert zu gestalten, nicht nur für uns. Ganz nebenbei wäre das auch ein lohnendes Betätigungsfeld für die Qualitätsmedien.

Jürgen Barz, Wismar

*

In eigener Sache:

Ab 1. Juli ist die Geschäftsstelle wieder im regulären Betrieb zu erreichen. Dabei gelten künftig folgende Zeiten und Telefonnummern:

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt,
030-29784316; Di u. Mi 9–15 Uhr
Schatzmeister: Hans-Peter Speck
030 29784317; Di u. Mi 8–15 Uhr
Peter Ott Tel. 030 29784314;
Di u. Do 8–14 Uhr
Fax 030-29784320

Zwischenzeitlicher Erkenntnisgewinn

Otto-Versand Humboldt

Friedrich Wilhelm IV, seit 1840 preußischer König, und seit 1857 geisteskrank, hinterließ einen wertvollen Gedanken, den er auf dem Preußenschloss unter Kreuz und Krone eingravieren ließ:

„Es ist in keinem andern Heil, auch kein anderer Name den Menschen gegeben, denn in dem Namen Jesu, zur Ehre Gottes des Vaters.“

War in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vielleicht eine bahnbrechende Erkenntnis. Heuer, wo das in Beton gegossene Spukschloss wieder errichtet und mit der unverständlichen Bezeichnung „Humboldt-Forum“ belastet ward, kratzte man Friederichens sein Spruch in Gold wieder in den vollkommen geschmacklosen Dachdeckel und offenbarte im Jahre 2020 sein geistiges Niveau dem Volke, indem die Dreifaltigkeit zu einer Vierfältigkeit in Gestalt moderner Majestäten ergänzt wurde:

„Im Gedenken an meinen Mann Werner A. Otto 1909–2011.“

Na, Humboldt, da staunste.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 01.07.2020

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.07.2020

Einstellung im Internet: 07.08.2020

Auslieferung: 12.08.2020

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316;
Di u. Mi 9–15 Uhr

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317;
Di u. Mi 8–15 Uhr

Peter Ott – Tel.: (030) 29784314, Fax: (030) 29784320;
Di u. Do 8–14 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEV3333

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16